



**PRESSEMITTEILUNG**

Nr. 259/GP

27.10.2020

**Huml: Corona soll wichtiges Thema in bayerischem Psychiatriebericht werden - Bayerns Gesundheitsministerin dankt unabhängigem Beirat für Unterstützung**

**Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** will die psychosozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie stärker untersuchen. Huml sagte am Mittwoch: „Das Thema soll in jedem Fall im bayerischen Psychiatriebericht aufgegriffen werden, der 2021 zum ersten Mal vorgelegt wird. Das ist wichtig, weil die Corona-Pandemie erhebliche Herausforderungen für die psychosoziale Versorgung verursacht.“

Die Ministerin rief die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, psychische Belastungen nicht zu unterschätzen. Huml appellierte: „Corona bringt viele Herausforderungen mit sich. Deshalb ist es wichtig, auf die seelische Gesundheit zu achten und sich bei Bedarf rechtzeitig fachkundige Unterstützung zu holen.“

Der Psychiatriebericht wird vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) erstellt. Ein unabhängiger Beirat, bestehend aus 14 Vertretern unterschiedlicher Institutionen und Fachrichtungen, soll dabei unterstützen. Der Beirat kam am Dienstag zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen.

Die Ministerin betonte: „Ich freue mich sehr, dass wir ausgewiesene Expertinnen und Experten für diese wichtige ehrenamtliche Aufgabe gewinnen konnten. Mit ihrem Fachwissen und ihrer Erfahrung können wir den Bericht auf einem breiten Fundament erstellen und somit hoffentlich weitere Impulse setzen für die Versorgung von Menschen mit psychischem Hilfsbedarf. Dafür danke ich den Beiratsmitgliedern schon jetzt vorab herzlich!“

Der Psychiatriebericht ist ein Novum in Bayern. Das bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz sieht vor, dass der Bericht dem Landtag alle drei Jahre vorgelegt wird. Die erste Veröffentlichung ist im Laufe des kommenden Jahres geplant.

Huml erklärte: „Der Bericht soll die bestehende Versorgungslandschaft abbilden und Schlussfolgerungen für die künftige Ausgestaltung und Weiterentwicklung zulassen. Damit wollen wir informieren und die Grundlage schaffen, um auf Veränderungen möglichst früh reagieren zu können.“

Der Staatsregierung ist es schon lange ein zentrales Anliegen, psychische Erkrankungen aus der Tabuzone zu holen und Menschen in psychischen Krisen



frühzeitig zu helfen. Dafür gibt es bereits eine Reihe von Angeboten. Von großer Bedeutung ist die landesweite Einführung von Krisendiensten für Menschen in psychischen Notlagen, die im Rahmen des bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfegesetzes vorgesehen ist. Dieses niedrigschwellige psychosoziale Hilfeangebot steht bereits in den Bezirken Oberbayern und Mittelfranken zur Verfügung. Von Juli 2021 an sollen die Krisendienste bayernweit und rund um die Uhr erreichbar sein.

Weitere Informationen und Kontaktmöglichkeiten zum Krisendienst Mittelfranken können der Website [www.krisendienst-mittelfranken.de](http://www.krisendienst-mittelfranken.de), zum Krisendienst Psychiatrie Oberbayern der Website [www.krisendienst-psychiatrie.de](http://www.krisendienst-psychiatrie.de) entnommen werden. Darüber hinaus hat das bayerische Gesundheitsministerium zusätzliche Hilfeangebote und Tipps rund um die seelische Gesundheit auf seiner Homepage zusammengestellt.